



## AW: Unterstützung von Rolf Mützenichs Kritik an Atomwaffen in Deutschland

03.07.2020 14:16

Von Schmidt Frithjof <frithjof.schmidt@bundestag.de>  
An dfg-vk.nrw@t-online.de <dfg-vk.nrw@t-online.de>

Sehr geehrter Herr Oekentorp, sehr geehrter Herr Schramm,

vielen Dank für Ihre E-Mail mit Bitte um Stellungnahme.

Atomwaffen in Deutschland sind teuer, gefährlich und ohne sicherheitspolitischen Mehrwert. 2010 hat der Bundestag fraktionsübergreifend den Abzug der Waffen beschlossen. Die Bundesregierung hat diesen Auftrag bis heute nicht erfüllt. Es ist ein großes Versäumnis, dass das seit Jahren bestehende Zeitfenster für nukleare Abrüstung nicht genutzt wurde.

Dass die Bundesregierung ausgerechnet am 10. Jahrestag des Bundestagsbeschlusses über den Abzug der Atomwaffen aus Deutschland Überlegungen zur Anschaffung von US-amerikanischen F-18 Kampflugzeugen anstellt, als zukünftiges Trägersystem für die Atomwaffen, ist ein desaströses Signal für die internationalen Abrüstungsbemühungen. Die in Büchel gelagerten Atomwaffen werden sogar modernisiert und sind jetzt lenkbar und damit flexibler einsetzbar. Die Beschaffung der Kampfflieger des Typs F-18, die vor allem den Verwendungszweck des Transportes von Atomwaffen haben, entwertet alle Abrüstungskonferenzen des Außenministers.

Leider gibt es sowohl in den USA als auch in Russland seit geraumer Zeit die Tendenz zur Entwicklung neuer Waffensysteme, die die bisherigen Abrüstungsvereinbarungen objektiv unterlaufen können. Diese Tendenzen schaukeln sich teilweise auch gegenseitig hoch. Internationale Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträge sind derzeit stark gefährdet oder wurden gar bereits gekündigt, wie der INF-Vertrag, und das Gemeinsame Abkommen mit dem Iran über die Begrenzung seines Nuklearprogramms. Verträge wie New-Start zur Begrenzung strategischer Nuklearraketen und sogar der Open-Skies-Vertrag werden derzeit von den USA in Frage gestellt.

Die hohe Ablehnung der deutschen Bevölkerung gegen eine Stationierung von Mittelstreckenraketen in Deutschland muss für die Bundesregierung der Auftrag sein, sich für eine konsequente Abrüstungspolitik einzusetzen.

Wir Grüne fordern eine Friedenspolitik, die den Namen verdient, und dazu gehören Abrüstung und Rüstungskontrolle. Dazu haben wir als grüne Fraktion einen Antrag beschlossen. Den finden Sie hier: <https://dip21.bundestag.de/dip21/btd/19/200/1920065.pdf>.

Freundliche Grüße,  
Dr. Frithjof Schmidt

für die NRW-Bundestagsabgeordneten von Bündnis 90/Die Grünen (Katja Dörner, Katharina Dröge, Britta Haßelmann, Maria Klein-Schmeink, Irene Mihalic, Ulle Schauws, Kai Gehring, Sven Lehmann, Oliver Krischer, Markus Kurth, Friedrich Ostendorff)

Dr. Frithjof Schmidt

Mitglied im Auswärtigen Ausschuss  
Stellv. Mitglied im Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union  
Stellv. Vorsitzender im Unterausschuss für Vereinte Nationen, Internationale Organisationen und Globalisierung

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Tel: 00 49 30 227 71712  
Fax: 00 49 30 227 76314

[www.frithjof-schmidt.de](http://www.frithjof-schmidt.de)  
[www.gruene-bundestag.de](http://www.gruene-bundestag.de)

-----Ursprüngliche Nachricht-----

Von: dfg-vk.nrw@t-online.de [mailto:dfg-vk.nrw@t-online.de]  
Gesendet: Mittwoch, 10. Juni 2020 13:56  
An: Schmidt Frithjof <frithjof.schmidt@bundestag.de>  
Betreff: Unterstützung von Rolf Mützenichs Kritik an Atomwaffen in Deutschland

An die Bundestagsabgeordneten von Bündnis 90 /Die Grünen in NRW

Sehr geehrter Herr Dr. Frithjof Schmidt

erfreut haben wir als Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen NRW die ablehnende Haltung des SPD-Fraktionsvorsitzenden Rolf Mützenich zur Anschaffung eines neuen Atombombers für die Bundeswehr und seine Kritik an der Nuklearen Teilhabe zur Kenntnis genommen. Herr Mützenich hat damit einen wichtigen Aspekt der Sicherheit der Menschen gerade auch in NRW angesprochen, der sicherlich auch von Abgeordneten Ihrer Partei ähnlich gesehen wird.

Der Fliegerhorst Büchel, auf dem die US-Atombomben im Rahmen der Nuklearen Teilhabe stationiert sind, liegt nur gute 100 km von unserer Landeshauptstadt entfernt. Der Luftwaffenstützpunkt Nörvenich in der Nähe von Köln ist der Ausweichflughafen für Büchel, hier wurden in den letzten

Jahren immer wieder die Tornados aus Büchel stationiert, wenn Büchel z.B. wegen Baumaßnahmen nicht nutzbar war. Auch die Bunker zur Lagerung der Atomsprengköpfe sind in Nörvenich vorhanden.

Im Falle eines Konfliktes oder auch bei einem irrtümlich ausgelösten Atomschlag Russlands wären Büchel und Nörvenich erste Ziele und weite Teile Nordrhein-Westfalens von diesen Angriffen betroffen.

Wir als DFG-VK haben in den letzten Jahren wiederholt in Büchel gegen die dort stationierten Atomwaffen demonstriert. Auch in Volkel und in Kleine Brogel waren wir mit unserer jährlichen Friedensfahrradtour anlässlich der Hiroshima-Nagasaki-Gedenktage, um gegen die Atombomben in unseren Nachbarländern zu demonstrieren. Der Abzug der US-Atombomben aus Büchel - und möglichst auch aus den benachbarten Stützpunkten in Volkel (NL) und Kleine Brogel (B) - wäre ein eindrucksvolles Signal zur Bereitschaft der europäischen Staaten, wieder über die Reduzierung der Atomwaffen ins Gespräch zu kommen. Die Notwendigkeit von Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen wird auch von Herrn Mützenich betont. Der INF-Vertrag und der aktuelle New-Start-Vertrag haben zur realen Reduzierung von Atomwaffen der USA und Russlands gerade in Europa beigetragen und damit mehr Sicherheit geschaffen. Hier gilt es, neu anzusetzen. Doch wenn nicht einer vorangeht, wird sich hier auf absehbare Zeit nichts tun. Im Gegenteil ist vor allem der US-Präsident offenbar bemüht, das Vertragswerk seiner Vorgänger Stück für Stück zu demontieren. Das kann nicht im Sinne von uns Europäern sein und widerspricht dem von einer breiten Mehrheit geforderten "Friedensprojekt Europa".

Wir möchten Sie daher als Bundestagsabgeordneter aus unserem Bundesland auffordern, sich über die Parteigrenzen hinweg wie Herr Mützenich gegen den Kauf eines neuen Atombombers und für einen Ausstieg Deutschlands aus der Nuklearen Teilhabe auszusprechen.

Wir freuen uns über Ihre Stellungnahme zu unserem Anliegen.

Mit freundlichen Grüßen

Felix Oekentorp  
Landessprecher

Joachim Schramm  
Landesgeschäftsführer

Deutsche Friedensgesellschaft-  
Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen NRW  
Braunschweiger Straße 22, 44145 Dortmund  
0231/8180-32 (fax -31)  
[www.nrw.dfg-vk.de](http://www.nrw.dfg-vk.de)